

1. MAI 2011

„Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit. Das ist das Mindeste!“

Dieses Motto prägte die zentrale saarländische Maikundgebung in Saarbrücken mit dem Chef der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut.

Junge Gewerkschafter brachten es im Demonstrationszug bei der zentralen 1.-Mai-Veranstaltung mit einem Sprechchor auf den Punkt: „Wir sind hier, und wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut“, skandierten sie.

Und als sich weit über 4000 Menschen nach der Demo vom Schlossplatz zum Staatstheater auf dem Tibliser Platz versammelten, standen, wie stets am Tag der Arbeit, die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ob nun jung oder alt) im Mittelpunkt. Das Motto lautete: „Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit. Das ist das Mindeste!“

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, sprach von einer „schreienden Verteilungsgerechtigkeit“ in Deutschland. Während sich die Wirtschaft über gute Jahresabschlüsse für 2010 und prall gefüllte Auftragsbücher freue, sei der von der Bundesregierung als überaus positiv verkaufte Aufschwung beim überwie-

genden Teil der Arbeitnehmer noch nicht angekommen. „Die Politik muss sich um die Menschen kümmern und nicht darum, dass es den Unternehmen gut geht“, meinte Witthaut. Es gelte, aktiv gegen die um sich greifende soziale Ungerechtigkeit vorzugehen. Reiche könnten sich einen armen Staat, der die sozialen Leistungen zurückfahre, leisten, alle anderen Bürger aber nicht. „Hört auf, bei den Schwachen zu sparen“, rief Witthaut unter starkem Beifall aus. Für die Gewerkschaften bleibe der 1. Mai immer ein Tag des Kampfes für bessere Lebensbedingungen. Der GdP-Chef schloss mit den Worten: „Wir wollen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen – und nicht der Profit.“

Der saarländische DGB-Vorsitzende Eugen Roth verwahrte sich gegen Vorwürfe aus dem Arbeitgeberlager, dass die Gewerkschaften „standortschädlich“ seien. Der DGB Saar werde allerdings auch künftig „Dampf machen“, wenn es um die Rechte und Bedürfnisse der Arbeitnehmer gehe. Als seinen Wahlspruch für 2011 nannte Roth: „Saargummi muss leben.“ Die Politik sei gefordert, sich aktiv

Zum Tag der Arbeit hat die Polizeigewerkschaft GdP eine zunehmende Radikalisierung der Bürger beklagt. Arbeitslosigkeit, Perspektivmangel und Existenzangst bei vielen Menschen hätten zur Folge, dass die Gewaltbereitschaft steige, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut bei einer DGB-Kundgebung in Saarbrücken. Obwohl sich seit 2005 allein die Zahl der Großeinsätze bundesweit fast verdoppelt habe, seien in den letzten zehn Jahren über 9000 Polizeistellen gestrichen worden. In Berlin kam es am 1. Mai zu Ausschreitungen, bei denen mehrere Beamte verletzt wurden. 6000 Polizisten waren im Einsatz.

an der Rettung der Firma zu beteiligen. „Wir brauchen diese Arbeitsplätze. Sonst können wir den Hochwald zumachen.“ Mit Blick auf verschiedene Ansätze und Ansichten in der saarländischen Energiepolitik sagte Roth: „Ein Energiegipfel wäre nicht schlecht.“ Nach der Kundgebung konnte man sich an verschiedenen Ständen über die Arbeit der Einzelgewerkschaften im DGB informieren und über solche Institutionen, die sich um Arbeitnehmer kümmern.

Zum Tag der Arbeit hat der Deutsche Gewerkschaftsbund von der Regierung einen deutlich stärkeren Einsatz für menschenwürdige Arbeitsbedingungen gefordert. Auf der Hauptkundgebung zum 1. Mai sagte DGB-Chef Michael Sommer vor 4000 Teilnehmern in Kassel, die Gewerkschaften würden nicht zulassen, dass Arbeit weiter entwertet, entrechtet und jeder Perspektive beraubt werde. Sommer forderte die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro. Bundesweit nahmen insgesamt 423 000 Menschen teil, 41 000 weniger als noch 2010. Sommer sagte, wer den Sozialstaat angreife, die sozialen Sicherungssysteme aushöhle oder Kopfpauschalen und Armutsrenten



Bernhard Witthaut, Vorsitzender der GdP, als Hauptredner in Saarbrücken.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

durchsetze, der bekämpfe letztlich auch den Wert von Arbeit. Deutschland müsse „den Menschen die Würde von Arbeit und gerechtem Lohn garantieren“, so Sommer. „Es gibt leider genug Arbeitgeber in Deutschland, die auf billige Arbeit aus dem Osten hoffen, die meinen, so ihrer Pflicht zur Ausbildung oder zu einer gerechten Entlohnung entkommen zu können“, kritisierte er. 2010 hatte der DGB bundesweit 464 000 Teilnehmer gemeldet. Schon damals waren 20 000 weniger als im Jahr davor gekommen.

Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit seien das Mindeste, was Arbeitnehmer „in diesem Land erwarten, brauchen, ja immer wieder erkämpfen müssen“, so Sommer. IG-Metall-Chef Berthold Huber nahm auf einer Kundgebung in Nürnberg die Finanzmarktkrise ins Visier, forderte einen grundlegenden Kurswechsel in Politik und Wirtschaft. Ein globaler Finanz-GAU könne sich jederzeit wiederholen, weil daraus keine Lehren gezogen und keine Veränderungen eingeleitet worden seien. Huber forderte zum Kampf gegen eine „Verrohung des Arbeitsmarktes“.

Quelle: Saarbrücker Zeitung vom 2. 5. 2011, Seite A 1 und A 7, Redakteur Wulf Wein

Weniger Personenschäden

Eine Kurzübersicht von Bernd Brutscher

Das Verkehrsunfallgeschehen des Jahres 2010 im Saarland weist eine leichte Steigerung der Anzahl der Verkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahr aus. Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle ist im Saarland um 4% und im Bund um 1% gestiegen. Die erfreulichen Rückgänge bei der Gesamtzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden (VUP) und bei der Anzahl der Verunglückten im Saarland mit jeweils 6% liegen im bundesweiten Trend (7% bzw. 5%).

her niedrigsten Stand seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1953 aus. Gegenüber 2001 wurde eine deutliche Reduzierung der Getötetenzenzahlen erreicht.

Die Häufigkeitszahl „Getötete“ ist im Saarland mit 41 Verkehrstoten pro 1 Million Einwohner im Vergleich zum Vorjahr gesunken und liegt weiterhin unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 46 Verkehrstoten.

Verunglückte bei Verkehrsunfällen

Für das Jahr 2010 lässt sich sowohl gegenüber dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre (2000 bis 2009) als auch den beiden Fünf-Jahres-Durchschnittswerten (2000 bis 2004 und 2005 bis 2009) ein deutlicher Rückgang der Verunglücktenzahlen feststellen.

Auf 100 000 Einwohner entfielen im Saarland 528 bei Verkehrsunfällen getötete und verletzte Personen – gegenüber 557 im Vorjahr. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 464 (2009: 491).

Rahmendaten der Verkehrsunfälle auf den Autobahnen

Auf den Bundesautobahnen (BAB) im Saarland ist für das Jahr 2010 eine leichte Erhöhung der Gesamtunfallzahlen zum Vorjahr zu erkennen.

Neben einer Zunahme der Sachschadensunfälle um 1,8% fällt der Rückgang der Verkehrsunfälle mit Personenschäden mit 3,6% positiv auf. Auf Bundesebene reduzierte sich die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden um 2%.

Insgesamt verunglückten 504 Menschen bei Verkehrsunfällen auf den Bundesautobahnen im Saarland. Dies ist der niedrigste Wert seit 2001. Einer Reduzierung der Leichtverletzten um nur 0,2% steht ein deutlicher Rückgang der Anzahl der Schwerverletzten um 28,6% gegenüber.

Getötete bei Verkehrsunfällen

Das Jahr 2010 weist mit insgesamt 42 Getöteten bei Verkehrsunfällen den bis-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

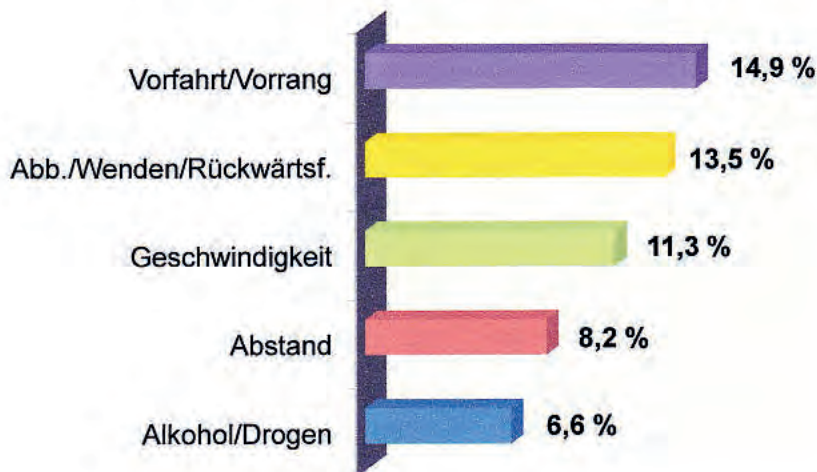
Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@kabelmail.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Die 5 häufigsten Ursachen bei VUP



POLIZEILICHE VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2010

Noch erfreulicher ist die Halbierung der Anzahl der Getöteten bei Verkehrsunfällen auf Autobahnen im Saarland von sechs auf drei.

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle auf saarländischen Bundesautobahnen ist in den letzten zehn Jahren insgesamt rückläufig (-8,5%). Die Zahl der Verunglückten reduzierte sich im gleichen Zeitraum sogar um 26,2%.

Verursacher von Verkehrsunfällen mit Personenschaden (VUP)

Bei der Untersuchung von Auffälligkeiten im Bereich Verursachung von VUP ist gegenüber 2009 ein Rückgang innerhalb der Altersgruppen der Senioren um 4,1% zu erkennen. Starke Rückgänge sind bei den Jugendlichen (15 bis 17 Jahre) um 20,6% und den 55- bis 64-Jährigen um 10,9% festzustellen, während bei den 18- bis 24-Jährigen lediglich 1,4%, bei den 25- bis 34-Jährigen 6,9%, bei den 35- bis 44-Jährigen 4,6% und bei den 45- bis 54-Jährigen 5,5% Rückgänge zu verzeichnen sind.

Bei der Altersgruppe 65+ (Senioren) ist ein Rückgang von 23,8% bei der Verursachung von VUP als Fußgänger ersichtlich.

Im Vergleich zum Vorjahr, als ein signifikanter Anstieg bei der Verursachung von Verkehrsunfällen mit Personenschaden im Bereich der Kinder als Fußgänger mit 68,2% festgestellt wurde, haben wir im Jahr 2010 einen Rückgang von 16,2%. Daneben ist ein Rückgang bei der Verursachung von VUP durch Radfahrer von 27,4% zu verzeichnen.

Anhand der absoluten Zahlen sind nur bedingt Aussagen zum tatsächlichen Verursacherrisiko möglich. Erst wenn man die Anzahl der von der jeweiligen Altersgruppe verursachten VUP in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (pro 100 000 der Altersgruppe) setzt, lassen sich über die daraus ermittelten Unfallhäufigkeitszahlen belastbare Aussagen zur Involvierung der Altersgruppen in das Verkehrsunfallgeschehen treffen.

Für das nachfolgende Ranking der Unfallverursachung wurde zur Eliminierung jahresbezogener statistischer Unschärfen aus dem Datenmaterial der Jahre 2006 bis 2010 ein Mittelwert errechnet.

Trotz der festgestellten geringfügigen Verbesserung bei der Verursachung von VUP im Jahr 2010 durch die Risikogruppe „Junge Fahrer“ wird deutlich, dass die Dominanz der „Jungen Fahrer“ als Hauptverursacher von VUP weiter sehr

deutlich ist. Noch immer weisen sie ein knapp dreifach höheres Verursachungsrisiko als der Durchschnitt aller Verkehrsteilnehmer auf.

Die Erkenntnis der Vorjahre, dass mit zunehmendem Lebensalter die Verursacherquote bei VUP rückläufig ist, bestätigt sich.

Die Generation 65+ (Senioren) tritt in Relation zu ihrem Anteil an der Bevölkerung im Saarland (22,4%) weiterhin nur unterdurchschnittlich als Verursacher von VUP in Erscheinung.

Hauptunfallursachen bei VU mit Personenschaden

2010 ergeben sich gegenüber den Vorjahren keine grundlegenden Veränderungen bei den Unfallursachen.

Die Missachtung der Vorfahrt/des Vorrangs bleibt weiterhin Hauptunfallursache bei Verkehrsunfällen mit Personenschaden.

Anzeige

Sozialwerk der GdP-Saarland

 Mit allem Drum und Dran. Ohne Kosten drum herum.
Mein Schiff.


Kinderfestpreis 180€*
Premium Alles Inklusive 7 Nächte inkl. Flug ab 995€**
Hotline: 0681-841240

* Für Kinder (2-14 Jahre) als 3., 4. oder 5. Person in der Kabine der Eltern. ** Flex Preis (limitiertes Kontingent) p. P. ab 2er-Belegung einer Innenkabine, inkl. 5 € Treibstoffzuschlag p. P. (ab 15 Jahren) und Nicht und inkl. Direktflugh. Katalog nach Verfügbarkeit mit allen Abgaben und Zuschlägen auch zur Luftverkehrssteuer, Kerosinzuschlag, Zug zum Flug und Transfers.



Schnell und erfolgreich

Am Samstag, 9. April 2011, wurde in Limburg (Hessen) erstmals der Mitteldeutsche Kart-Cup der GdP ausgetragen. Ausgerichtet wurde das Event von den JUNGEN GRUPPEN Hessen, NRW, BKA und Saarland.

Aufgrund der Vielzahl von Anmeldungen mussten letztlich sogar zwei Rennen mit jeweils 23 Mannschaften gestartet werden. Im ersten Rennen des Tages war auch ein Team aus dem Saarland dabei: Gesponsert von der JUNGEN GRUPPE Saarland startete das „Karcher Racing Team“, bestehend aus Carsten Zaffalon, Roman Machura und Stefan Pönicke.

Nach einem guten Ergebnis im Warm-up konnten unsere Jungs von Startplatz 4 aus das Rennen beginnen. Doch gegen die teils sehr erfahrenen Teams, die nicht nur aus den umliegenden Bundesländern, sondern sogar aus Hamburg und Schleswig-Holstein angereist waren, musste das „Karcher Racing Team“ während des dreistündigen Rennens ein paar Plätze abgeben. Am Ende belegten Carsten, Roman und Stefan einen guten 11. Platz.

Thorsten Mole und Esther Schneider, die trotz der vorangegangenen Blaulicht-

milieuparty im N8werk in Saarbrücken als Vertreter der JUNGEN GRUPPE Saarland nach Hessen gereist waren, konnten dem einzigen saarländischen Team bei der Siegerehrung stolz ihre Medaillen überreichen. Denn bei der GdP ist jeder ein Sieger. So erhielten die drei erstplatzierten Teams jeweils Pokale, alle dahinter platzierten Teams erhielten Medaillen und auch die schnellste Runde des Rennens sowie die schnellste Frau wurden mit kleinen Trophäen ausgezeichnet.

Trotz eines anstrengenden Tages bleibt als Fazit: eine tolle Veranstaltung! Bleibt zu hoffen, dass sich im nächsten Jahr weitere saarländische Teams auf

den Weg nach Hessen machen, um die saarländische Flagge, die sogar extra für das Event von den netten hessischen Organisatoren gekauft und neben der Kartbahn gehisst worden war, hochzuhalten!

Esther Schneider,
stellv. Landesjugendvorsitzende



Karcher Racing Team

Foto: JUNGE GRUPPE

KG SAARLOUIS



Mit Wirkung vom 3. 2. 2011 wurde PHK Jürgen Becker (zweiter von rechts), PB Saarlouis, Führungsgruppe, AB 2, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters der PI Bous beauftragt. Gleichzeitig erfolgte seine Umsetzung vom PB Saarlouis zur PI Bous. Die GdP-Familie wünscht Jürgen, der im Juni auch auf 40-jährige GdP-Mitgliedschaft zurückblicken darf, alles Gute im neuen und verantwortungsvollen Amt. **Dirk Schnubel**

KG LANDESPOLIZEIDIREKTION



Am 17. April 2011 vollendete Paul Haben, Leiter der Landespolizeidirektion, sein sechzigstes Lebensjahr. Bei einer Feier im Kreis von Kollegen und Freunden gratulierten auch der Landesvorsitzende Hugo Müller und der Kreisgruppenvorsitzende LPD Bruno Leinenbach. Wir wünschen Paul Haben, der schon 34 Jahre GdP-Mitglied ist, auch auf diesem Weg alles Gute!!!

Hugo Müller



NEUE EINSATZFAHRZEUGE

Zweite Leasingrunde für Dienst-Kfz

Der Landesvorstand der GdP beschäftigte sich in der ersten Sitzung zum Jahresbeginn mit der Neuausstattung der Fahrzeugflotte im Rahmen des 2. Leasingverfahrens.

Grundlage waren die Erfahrungen nach dem ersten Leasingverfahren und Nachfragen der Kolleginnen und Kollegen in den Dienstgruppen: „Was für Einsatzfahrzeuge bekommen wir? Sind erkannte Mängel behoben worden?“

Im Ergebnis wurden Mitglieder des Landesvorstandes beauftragt, den aktuellen Sachstand bei der zuständigen Beschaffungsstelle zu erfragen.

In einer Gesprächsrunde mit Verantwortlichen der Abteilung Dienstleistungen sowie Jens Berner und Bruno Leinenbach wurden folgende Themenbereiche erörtert:

- Aktueller Sachstand im Leasingverfahren
- Verfahrensablauf / Berücksichtigung der Erfahrungen bzw. Kritikpunkte nach dem 1. Leasingverfahren
- Navigationslösungen bei der neuen Fahrzeugflotte
- Ausbau und Ausstattung mit polizei-spezifischer Einsatztechnik
- Terminplanung Auslieferung und Farbwahl

Aktueller Sachstand im Leasingverfahren

Insgesamt wurden 420 Fahrzeuge in zwölf Losen ausgeschrieben. Die Splitting erfolgte grob in Funkstreifenwagen, Gruppenfahrzeuge, Zivilfahrzeuge und Sonderfahrzeuge.

Nach Angebotseingang, Zuschlag und Ablauf der Einspruchsfristen steht seit 11. April 2011 fest: Die neuen Funkstreifenwagen werden von Mercedes geliefert.

Die Standardfunkstreifenwagen sind 114 Mercedes C 220 in Kombiversion. Bei den Gruppenfahrzeugen werden Mercedes Vito beschafft, die Zivilfahrzeuge gestalten sich aus einem Mix von Kompakt- und Mittelklassewagen der Hersteller Mercedes (C-Klasse-Modell) und Opel (Modelle Insignia und Astra). Weil ein Hersteller im Bereich der Zivilfahrzeuge sein Angebot zurückgenommen hat, stehen in drei Losen die Fahrzeugmodelle noch nicht fest.

Verfahrensablauf / Berücksichtigung der Erfahrungen bzw. Kritikpunkte nach dem 1. Leasingverfahren

Zu Beginn des Leasingverfahrens erfolgt eine europaweite Ausschreibung. Wer sich als Fahrzeughersteller am Ausschreibungsverfahren beteiligt und wel-

che Modelle angeboten werden, ist nicht beeinflussbar. Jeder Anbieter muss die geforderten Kriterien erfüllen; das wirtschaftlichste Angebot bekommt den Zuschlag. Dabei sind die Anforderungen der Polizeifahrzeuge genau zu definieren. Ein besonderes Interesse bezog sich auf die Berücksichtigung der Erfahrungen

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

GdP Sommerfest!





Familien Sommerfest der GdP Kreisgruppe Saarbrücken Stadt

**Kaffe, Kuchen
&
Gegrilltes
für unsere Gäste
kostenlos!**

04. Juni 2011

Ab 14:00 Uhr

Beim Kanuwanderer - Verein
66115 Saarbrücken, Mettlacher Straße
(gegenüber Wohnwagen Vogt an der Saar)

Kinderbelustigung!





NEUE EINSATZFAHRZEUGE

Fortsetzung von Seite 5

und Kritikpunkte nach dem 1. Leasingverfahren. Hierbei ist zu beachten, dass bei der Anschaffung von Polizeifahrzeugen aufgrund von Kosten und Verfügbarkeit auf Serienmodelle zurückgegriffen werden muss, die nur bis zu einem gewissen Grad an die Bedürfnisse der Polizei angepasst werden können.

Ein wesentlicher Kritikpunkt vor drei Jahren war die Bodenfreiheit der B-Klasse. Heutige Serienmodelle sind nach Darstellung des Fachmanns im Kraftfahrdienst zur Reduzierung des CO₂-Wertes prinzipiell niedriger gebaut. Kein aktuelles Serienmodell in den ausgeschriebenen Fahrzeugklassen besitzt eine Bodenfreiheit des alten Peugeot 406 mit gemessenen 14 cm. Dennoch erfolgte eine Berücksichtigung einer möglichst großen Bodenfreiheit durch die Festlegung von 12 cm, vollgetankt mit zwei Personen besetzt, in der Ausschreibung (gegenüber 8 cm bei der B-Klasse). Zusätzlich wird zum besseren Handling für unwegsames Gelände ein stabiler Unterfahrschutz verbaut. Dazu wird bei der Fahrwerkskonfiguration eine geländetaugliche Einstellung mit erhöhtem Federweg gewählt.

Im Weiteren wurde die Schallbelastung im Fahrzeuginnenraum durch die Signalanlage thematisiert. Eine Verbesserung wird dadurch erreicht, dass die Signalhörner in der Fahrzeugfront verbaut werden. In Kombination mit einer neuen optischen Signalanlage auf dem Fahrzeugdach sind auch Suchscheinwerfer vorhanden.

Ein großes Problem bestand in der Berücksichtigung der Bewegungsfreiheit (Fahrzeuginnenraum) im Ausschreibungsverfahren.

Nach Durchführung von zahlreichen Messungen und dem Versuch, Festlegungen über Richtlinien zu erreichen, konnte keine Festlegung von Werten im Ausschreibungstext erfolgen. Als Lösung

wurde der Wechsel von der Kompaktklasse zur Mittelklasse beschlossen. Zur weiteren Verbesserung ist die Fachdienststelle bestrebt, Gurtverlängerungen einzubauen, wobei an dieser Stelle auch zulassungstechnische Hürden eine Rolle spielen.

Bei uns entstand der Eindruck, dass die von der GdP im Jahr 2008 zusammengetragenen Kritikpunkte und Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen bei den Verantwortlichen ernstgenommen und nach Möglichkeit berücksichtigt wurden.

Navigationen bei der neuen Fahrzeugflotte

Die GdP-Forderung im Sinne unserer Mitglieder bestand in der Realisierung von Navigationssystemen in den Dienstfahrzeugen. Insbesondere die Funkstreifenwagen sollten künftig mit Navigationslösungen ausgestattet sein.

Diesbezüglich erhielten wir die Information, dass alle Funkstreifenwagen und 50% der zivilen Fahrzeuge mit werkseitigen Navigationssystemen ausgestattet sind. Die Forderung der GdP, einer direkten Zieleingabe durch die FLZ, ist nach Auskunft der Fachdienststelle bei der Integration werkseitiger Navigationssysteme derzeit nicht möglich. Der Ausbau mit Komplettsystemen wird aus Kostengründen und Ergonomiegründen (zusätzliches Display auf dem Armaturenbrett) nicht realisiert.

Ausbau und Ausstattung mit polizeispezifischer Einsatztechnik

Der Ausbau der Funkstreifenwagen mit polizeispezifischer Einsatztechnik erfolgt in Zusammenarbeit der Fachdienststellen des Kraftfahrdienstes und des

LKA. Hierzu werden aufbauend auf die bisher vorhandene Technik und Funktionalität Lösungen gesucht.

Gleichzeitig ist die technische Ausstattung der Funkstreifenwagen und die damit einhergehende Nutzerfreundlichkeit bei den Statusmeldungen ein wichtiges Argument für die Funktionalität der FLZ.

Aus Sicht der GdP muss hierbei insbesondere die einsatztaktische Funktionalität im Vordergrund stehen und eine Einbindung der Nutzer erfolgen.

Terminplanung Auslieferung und Farbwahl

Nach Auskunft der Dienststelle werden die Fahrzeuge voraussichtlich ab Spätsommer bis Herbst in mehreren Chargen ausgeliefert. Die Entscheidung über die Farbwahl steht derzeit noch aus und ist auch in direktem Zusammenhang mit der Umstellung von grüner auf blaue Uniform zu sehen.

Zum Schluss bleibt die Frage: Alles besser?

In Erinnerung von „uralten“ Streifenwagen mit ausgetauschten Sitzen erleben wir nun die Realisierung der 2. Leasinggeneration und damit eine Beschaffung von neuen Arbeitsplätzen bereits nach drei Jahren; zudem auch die Berücksichtigung von Kritikpunkten aus der Vergangenheit.

In diesem Zusammenhang war die B-Klasse schon ein wesentlicher Fortschritt bei der Verbesserung des Fuhrparks der saarländischen Polizei. Die neuen Dienstfahrzeuge sind sicherlich in der Lage, eure Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Ob alles besser ist, darüber werdet letztendlich ihr entscheiden. Wir erwarten eure Rückmeldungen nach den ersten Erfahrungen im Herbst 2011 und bleiben für euch am Ball.

Der Landesvorstand

FÖDERALISMUSREFORM I

Neues Laufbahnrecht im Anmarsch

Mit Änderung des Grundgesetzes zum 1. September 2006 ist die zuvor beim Bundesgesetzgeber liegende Zuständigkeit für das Laufbahn-, das Besoldungs- und das Versorgungsrecht auf die Länder übergegangen.

Diese Neuerung wird als Föderalismusreform I bezeichnet. Die Reform ist

von den Bundesländern umzusetzen. Wegen der komplexen Zusammenhänge ist dies diffizil und langwierig. Daher ist der Umsetzungsprozess auch heute – fast fünf Jahre nach der dafür maßgeblichen Verfassungsänderung – noch immer nicht abgeschlossen. Nachdem 2008 das „alte“ Bundesbesoldungsgesetz

(BBesG) und das Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) ins saarländische Landesrecht „übergeleitet“ wurden und das Landesbeamtengesetz (SBG) 2009 an das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) angepasst worden ist, steht im nächsten Schritt jetzt die Novellierung des Laufbahnrechts an.



FÖDERALISMUSREFORM I

Carsten Baum

GdP-Beteiligung mit klaren Positionen

Bei der Umsetzung der Föderalismusreform im Beamtenbereich beteiligt das Ministerium für Inneres und Europaanliegenheiten die Gewerkschaften. Flankierend zu wichtigen Umsetzungsschritten lädt das Ministerium in unregelmäßigen Zeitabständen zu Sondierungsgesprächen und Diskussionen ein. Sie heißen „Runder Tisch zur Umsetzung der Föderalismusreform I im Beamtenbereich.“ Zum Laufbahnrecht hatten bereits am 2. Juli 2009 und am 11. Juni 2010 solche „Runden Tische“ stattgefunden.

Von Beginn der Beratungen an hatte die GdP ihre Grundpositionen zum neuen Laufbahnrecht deutlich gemacht:

- Für die Beamtinnen und Beamten der Vollzugspolizei des Saarlandes muss es weiterhin eine eigene Polizei-Laufbahnverordnung geben, die den polizeitypischen Besonderheiten angemessen Rechnung trägt.
- Die Ausbildung für den Polizeiberuf muss ein fachwissenschaftliches Studium beinhalten.
- Im Rahmen einer Einheitslaufbahn muss der Aufstieg vom Eingangs- bis ins Spitzenamt möglich sein.
- Die Ämterbezogenheit im Laufbahnrecht ist beizubehalten.
- Mit dem neuen Laufbahnrecht muss im Polizeibereich nachhaltig die Zweigeteilte Laufbahn anerkannt und sichergestellt werden. Erkennbar werden muss, dass der mittlere Polizeidienst im Saarland ausläuft und bald Vergangenheit ist.

- Das Laufbahnrecht insgesamt ist zu de-regulieren und zu flexibilisieren, Aufstieg und Laufbahnwechsel sind zu erleichtern.
- Bildungsangebote auszubauen und als der beruflichen Entwicklung förderlich zu verankern.

Seither hatte die Fachabteilung im Ministerium an der Laufbahnrechts-Novelle getüftelt, interne Beteiligungen und Abstimmungen durchgeführt und Feinarbeit vorgenommen. Daran anschließend sollten die Spitzenverbände bzw. Gewerkschaften nochmals informiert und informell beteiligt werden, bevor dann um die schriftlichen Stellungnahmen zu dem Entwurf der Laufbahnrechts-Novelle im Zuge der formellen externen Anhörung gebeten wird.

Erneuter „Runder Tisch“ am 5. Mai 2011

Vor diesem Hintergrund hatte Staatssekretär Georg Jungmann zu einem erneuten Termin „Runder Tisch“ ins Innenministerium eingeladen. Dabei präsentierten und diskutierten der Staatssekretär und seine Experten aus dem Beamtenrechts-Referat ÖD 1 mit den Spitzenverbänden schon im Vorfeld des anstehenden formellen externen Anhörverfahrens mehrere Stunden lang die Grundlinien und Inhalte des neuen Laufbahnrechts.

Für den DGB-Saar mit am Tisch saßen dabei Thomas Schulz (DGB) sowie Hugo Müller, Reinhold Schmitt und Carsten Baum (GdP). Auf Grund der vorangegangenen sorgfältigen Prüfung des aktuellen Entwurfs konnte der GdP-Landesvorsitzende Hugo Müller zufrieden feststellen und seinen Dank dafür ausdrücken, dass die bis heute von der GdP deutlich gemachten Eckpunkte und Forderungen in den jetzt vorliegenden Entwurf eingearbeitet waren.

Gleichwohl konnten in diesen Entwurf vor und während des Termins im Sinne einer Feinabstimmung noch zahlreiche weitere, mit Interesse (und überwiegend auch mit Zustimmung!) aufgenommene Anregungen in den Prozess zur Novellierung unseres Laufbahnrechts im Saarland eingebracht werden. Zur Berücksichtigung der spezifischen Belange unserer Polizistinnen und Polizisten sollen diese in einen überarbeiteten Laufbahnrechts-Entwurf einfließen.

Sichergestellt werden soll insbesondere, dass keinem Polizeikollegen Nachteile durch das Inkrafttreten neuer Laufbahnvorschriften entstehen. Das Ministerium hat versprochen, diesbezügliche

Übergangsregelungen und Günstigkeitsklauseln zur Wahrung des Besitzstands in die neue Polizei-Laufbahnverordnung einzubauen.

Grundstruktur der Laufbahnrechts-Novelle

Der nun diskutierte, 86-seitige Entwurf einer „Verordnung zur Neugestaltung des saarländischen Laufbahnrechts“ (Stand: 3. 2. 2011) enthält

- als allgemeines Laufbahnrecht die Saarländische Laufbahnverordnung (SLVO) sowie
- als besonderes (berufsspezifisches) Laufbahnrecht die Saarländische Feuerwehrlaufbahnverordnung (SFeulVO), die Saarländische Lehrerlaufbahnverordnung (SLehrVO) sowie
- die Verordnung über die Laufbahn des saarländischen Vollzugsdienstes (SPolLV), die natürlich für uns von besonderem Interesse ist.

Das neue Laufbahnrecht ist systematisch neu und anwenderfreundlicher strukturiert. Was bereits im Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) bzw. im Saarländischen Beamtengesetz (SBG) geregelt ist, wird nicht nochmals aufgeführt. Die Anzahl der Laufbahnverordnungen wurde reduziert, eigenständige Laufbahnverordnungen blieben auf Grund der Spezifika der jeweiligen Materie nur für die Bereiche Feuerwehr, Lehrer und Polizei erhalten. Außer diesen Sonderlaufbahnen wird es infolge der weitgehenden Bündelung und Reduzierung von Laufbahnen nur noch elf, in sich breiter geschnittene Laufbahnfachrichtungen geben (neuer § 2 SLVO):

1. Allgemeiner Verwaltungsdienst
2. Technischer Verwaltungsdienst
3. Steuerverwaltungsdienst
4. Justizdienst
5. Gesundheits- und sozialer Dienst
6. Agrar- und Umweltdienst
7. Naturwissenschaftlicher Dienst
8. Sprach- und kulturwissenschaftlicher Dienst
9. Allgemeiner wissenschaftlicher Dienst
10. Ärztlicher Dienst
11. Tierärztlicher Dienst

Die Laufbahngruppe des einfachen Dienstes soll (entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien) abgeschafft werden, dies spätestens im Zuge der nach der Laufbahnrechtsreform als nächstes anstehenden Novellierung des Besoldungsrechts im Saarland.

Fortsetzung auf Seite 8



FÖDERALISMUSREFORM I

Fortsetzung von Seite 7

Die Voraussetzungen für den Vorbereitungsdienst in Teilzeit werden weiter konkretisiert.

Der Verwendungsaufstieg wird durch einen Praxisaufstieg ersetzt, der nicht mehr an Verwendungsbereiche gekoppelt ist. Hierdurch wird die Verwendungsbreite des betreffenden Personals erhöht. Es wurden modulare Qualifizierungsmaßnahmen mit Leistungskontrollen eingeführt, die insbesondere bei Einstellungen ohne Vorbereitungsdienst, beim horizontalen Laufbahnwechsel, beim Regelaufstieg sowie beim Praxisaufstieg, wenn sich Beamte für ein weiteres Amt qualifizieren wollen, zum Tragen kommen.

Die schon im SBG vorgenommene Zuordnung von Bachelorabschlüssen zum gehobenen Dienst (g. D.) und Masterabschlüssen zum höheren Dienst (h. D.) wird weiter konkretisiert. Möglich ist nun auch, dass ein Beamter einer niedrigeren Laufbahngruppe (z. B. des g. D.), der die Voraussetzungen für eine höhere Laufbahngruppe erfüllt (z. B. durch einen Masterabschluss), in die höhere Laufbahngruppe (im h. D.) übergeführt werden kann, ohne sich (wie bisher) entlassen zu müssen.

Der Zeitraum für Regelbeurteilungen beträgt jetzt generell drei Jahre.

Für den Polizeibereich relevante Neuerungen

Als Erfolg zu werten ist zunächst, dass für die Polizei auch weiterhin eine eigene Laufbahnverordnung erhalten bleibt. Darüber hinaus sind folgende Einzelheiten für den Polizeibereich von besonderem Interesse:

- Da es nach wie vor noch Polizeibeamte im mittleren Dienst (m. D.) gibt, kann diese Laufbahngruppe noch nicht wegfallen, sondern muss noch bis zur vollständigen Realisierung der Zweigeteilten Laufbahn in der SPoLVVO verankert bleiben. Der GdP-Forderung auf Streichung dieser Laufbahngruppe ist jedoch dahingehend entgegengekommen worden, dass im neuen § 26 Abs. 3 SPoLVVO eine Übergangsbestimmung geschaffen ist, wonach in den mittleren Dienst keine Bewerberinnen und Bewerber mehr eingestellt werden.
- Vor dem Hintergrund des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) wurden die bisherigen Altersgrenzen überprüft. Je nach Ergebnis wurden sie beibehalten, modifiziert gestrichen oder durch Erfahrungszeiten ersetzt.

- Neues Einstellungs-Höchstalter (g. D. Polizei) ist (§ 11 SPoLVVO neu) die Vollendung des 35. (bisher 28.) Lebensjahres.
- Neue Ausschlussgrenze für die Zulassung als „Aufsteiger“ m. D./g. D. ist jetzt (§ 14 SPoLVVO neu) die Vollendung des 41. (bisher 40.) Lebensjahres bei Studienbeginn.
- Die für den ausbildungs- und prüfungsfreien Aufstieg vom m. D. (PHM/KHM) in den g. D. (PK/KK) erforderlichen, aufs Lebensalter bezogenen Mindest- und Höchstgrenzen (Vollendung des 40. und Nichtvollendung des 55. Lebensjahres) entfallen. Erforderlich ist künftig eine Erfahrungszeit, und zwar eine mindestens 20-jährige Dienstzeit im Polizeivollzugsdienst. Dass die Berechnung dieser Dienstzeit nicht erst mit Ablauf der Probezeit (also erst rd. sechs Jahre nach Einstellung!) beginnen darf, wie es der neue § 6 der SLVO generell bestimmt, und dass in die neue Polizei-Laufbahnverordnung eine Günstigkeitsklausel einzubauen ist, die Benachteiligungen gegenüber der alten Regelung ausschließt, haben die GdP-Vertreter am 5. Mai 2011 gefordert und zugesichert bekommen.
- Für die ausbildungs- und prüfungsfreie Übernahme vom g. D. in den h. D. entfallen ebenfalls die bisherigen, aufs Lebensalter bezogenen Mindest- und Höchstgrenzen (Vollendung des 50.

und Nichtvollendung des 58. Lebensjahres); statt dessen ist (neben den sonstigen Voraussetzungen) nunmehr als Erfahrungszeit eine mindestens 25-jährige Dienstzeit erforderlich.

Wie geht es weiter?

Das Fachreferat ÖD 1 im Innenministerium hat etliche Anregungen aus dem „Runden Tisch“ als sachlich nachvollziehbar aufgenommen. Nun wird zügig ein optimierter Entwurf zur Laufbahnrechts-Novelle erarbeitet, der den Gewerkschaften dann im Zuge der formellen externen Anhörung zugeht. Damit besteht die erneute Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme.

Zeitziel ist, dass das neue Laufbahnrecht noch im Herbst dieses Jahres in Kraft tritt.

Im Kontext mit dem neuen Laufbahnrecht sind dann natürlich auch die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen anzupassen. Eingebunden in diesbezügliche Vorbereitungen und Arbeiten sind nach Angaben von Dr. Hoffmann selbstverständlich auch die Polizeiabteilung im Innenministerium sowie die Fachhochschule für Verwaltung.

Auch an diesem weiteren Prozess wird sich die GdP konstruktiv-kritisch beteiligen, um berechtigte Interessen der Polizeibeschäftigten zur Geltung zu bringen.

Carsten Baum

KG LPD



80 Jahre jung und seit über 59 Jahren Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, feierte Karl-Heinz Görgen am 13. Januar 2011 bei guter Gesundheit im Kreise seiner Familie und guten Freunden sein Jubiläum.

Für die GdP und die Kreisgruppe LPD überbrachte Hartmut Thomas dem Jubilar die besten Glückwünsche und wünschte ihm noch alles Gute und weiterhin eine stabile Gesundheit für die kommenden Jahre. Glück auf Karl-Heinz!



REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe unseres Landesteils ist der 6. Juni 2011

